

## INHALT

Die österreichische Konjunktur an der Jahreswende 1973/74	531
Währung, Geld- und Kapitalmarkt	544
Preise und Löhne	548
Landwirtschaft	555
Forstwirtschaft	559
Energiewirtschaft	562
Industrieproduktion	566
Bauwirtschaft	569
Handel und Verbrauch	573
Arbeitslage	576
Verkehr	579
Fremdenverkehr	582
Außenhandel	584

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

## Die österreichische Konjunktur an der Jahreswende 1973/74

**Entspannung der Konjunktur — Noch kräftiges Wirtschaftswachstum — Starke Zunahme der Beschäftigung, Verringerung der Stellenangebote — Vorübergehende Beschleunigung der Inlandsnachfrage im III. Quartal — Lebhafter Außenhandel — Hoher Abfluß langfristigen Kapitals — Beschleunigter Preisaufrtrieb, überdurchschnittliche Tariflohnerhöhungen — 1974: Weltweite Abschwächung der Konjunktur**

Die österreichische Konjunktur hat sich in den letzten Monaten entspannt. Wie stets in Entspannungsphasen zeigten die einzelnen Indikatoren ein uneinheitliches Bild. Die Beschäftigung erzielte weiterhin Rekordzuwächse, und der Saisonhöhepunkt verschob sich neuerlich um einen Monat in den Oktober. Gleichzeitig nahmen die Stellenangebote seit dem Sommer nur wenig zu und waren im November erstmals seit 1968 etwas kleiner als im Vorjahr. Die Industrie wuchs nicht zuletzt dank der noch lebhaften Auslandskonjunktur kräftig (die Ausfuhr war bis in den Herbst um fast ein Fünftel höher als vor einem Jahr). Einzelne Industriebranchen, vor allem im Investitionsgüterbereich, verloren jedoch an Dynamik. Die Produktionserwartungen haben sich nach den Ergebnissen des Konjunkturtestes von Ende Oktober deutlich verschlechtert, obgleich die Auftragslage gleich günstig beurteilt wurde wie im Sommer. Die Bauwirtschaft lastete ihre Kapazitäten noch gut aus und profitierte von der günstigen Witterung im Frühherbst; die Reichweite der Auftragsbestände hat sich etwas verkürzt. Auf der vorgelegerten Stufe der Baustoffherzeugung, die lange Zeit die Nachfrage nicht voll befriedigen konnte, wurde zum Teil bereits wieder auf Lager produziert. Im Fremdenverkehr war die Sommersaison schwach,

erstmalig seit 1967 blieb die Zahl der Nächtigungen unter dem Vorjahrswert. Der Rückgang war besonders fühlbar, weil die Bettenkapazität heuer kräftig zunahm.

Die Investitionsneigung der Wirtschaft blieb gedämpft. Nach dem Boom im IV. Quartal 1972 vor Einführung der Mehrwertsteuer erreichten die Ausüstungsinvestitionen im 1. Halbjahr nur das Vorjahrsniveau. Im Sommer und Frühherbst stiegen die Käufe von Maschinen und Elektrogeräten wieder kräftig, Straßenfahrzeuge sowie Traktoren und Landmaschinen dagegen wurden weiterhin weniger angeschafft als vor einem Jahr. Nach dem jüngsten Investitionstest hat die Industrie die Investitionspläne für 1973 leicht nach unten revidiert, der übliche Investitionsstoß im Dezember wird daher schwach ausfallen. Der private Konsum belebte sich im Sommerhalbjahr etwas schwächer als erwartet wurde. In den Herbstmonaten stimulierte die kräftige Zunahme der Masseneinkommen nach der Lohnrunde die Nachfrage der Konsumenten, außerdem löste die Nahost-Krise Vorratskäufe aus. Die Zuwachsraten der Inlandsnachfrage werden im IV. Quartal dennoch niedrig sein, weil im Vorjahr die Vorkaufswelle vor der Steuerumstellung die Vergleichswerte erhöht hatte.

Die Stabilisierungsmaßnahmen der Wirtschaftspolitik trugen zur Dämpfung der Inlandsnachfrage bei. Die zögernde Auftragsvergabe der öffentlichen Hand milderte die Anspannung auf dem Bausektor. Die Kreditleitlinie wurde sogar leicht unterschritten und die neu geschaffenen Sparanreize erhöhten die Sparquote. Im langfristigen Kapitalverkehr mit dem Ausland kam es seit dem Sommer zu einem Nettoabfluß in Höhe von rund 5 Mrd. S. Die unvermindert kritische Preissituation veranlaßte die Wirtschaftspolitik, ihre Stabilisierungsbemühungen in leicht modifizierter Form fortzusetzen.

Der Preisauftrieb hat sich in den letzten Monaten weltweit beschleunigt. Die Verteuerungen von Mineralölprodukten ließen die Vorjahrsabstände der Verbraucherpreise in einigen europäischen Ländern auf mehr als 10% steigen, doch war auch der konjunkturbedingte Preisanstieg kräftig. In Österreich erhöhte sich die Rate wieder auf 8%, nachdem sie bis September auf 6½% gesunken war. Die Lohnrunde läuft zu Jahresende aus. Sie brachte um 2 bis 4 Prozentpunkte höhere Tariflohnsteigerungen als in der vorhergehenden im Jahr 1972. Die kollektivvertraglich vereinbarten Ist-Lohnerhöhungen betragen meist 12½%.

Die internationale Erdölkrise hat bisher die heimische Wirtschaft nur am Rande betroffen. Der Bedarf an Mineralölprodukten konnte nahezu vollständig gedeckt werden; die (bisher) nicht sehr einschneidenden Sparmaßnahmen hatten vorwiegend vorbeugenden Charakter. Die Preise für Importeizöl haben jedoch stark angezogen und verteuern die Produktion. Produktionsengpässe und Kurzarbeit zeichneten sich nur in einigen Industriebetrieben ab, die ausländische Produkte der Petrochemie (Kunstfasern, Kunststoffe) benötigen.

**Brutto-Nationalprodukt um 6% höher als im Vorjahr**

Das reale Brutto-Nationalprodukt der österreichischen Wirtschaft wird im III. Quartal um 6% (ohne Land- und Forstwirtschaft ebenfalls um 6%) höher als im Vorjahr nach 6½% (6½%) im II. Quartal. Schaltet man den Einfluß des Ostergeschäftes aus, das im II. Quartal den Absatz verschiedener Dienstleistungsbranche belebt hatte, so war das Wachstum im III. Quartal sogar etwas rascher als zuvor, weil die Reaktion auf die Verkäufe vor Einführung der Mehrwertsteuer abflaute. Neben Industrie und Bauwirtschaft erzielten auch Gewerbe und Verkehr hohe Zuwächse. In der Land- und Forstwirtschaft gab es gute Getreide- und Obst-ernten sowie ein höheres Fleischangebot. Der Handel expandierte langsamer, weil der Geschäftsgang im Großhandel flau war. Die Elektrizitätswirtschaft

**Entstehung des Brutto-Nationalproduktes (Real)**

	Ø		1973		
	1971	1972	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Industrie	7,5	7,2	5,9	6,7	6,3
Gewerbe	6,3	6,5	4,5	6,0	5,5
Elektrizität Gas Wasser	-2,1	3,8	6,6	8,6	2,8
Baugewerbe	12,0	10,4	9,0	8,0	8,0
Verkehr	5,0	6,0	5,6	9,3	9,8
Handel	6,6	7,5	5,4	6,8	4,5
Großhandel	5,6	8,0	7,6	6,3	4,2
Einzelhandel	8,0	7,1	2,7	7,5	4,8
Öffentliche Dienste	2,9	4,0	4,0	4,0	4,0
Sonstige Dienste	6,5	5,8	3,9	6,1	4,3
Brutto-Nationalprodukt ohne Land- u. Forstwirtschaft	6,7	6,8	5,5	6,7	5,9
Land- u. Forstwirtschaft	-7,6	0,5	-6,0	3,0	8,0
Brutto-Nationalprodukt	5,6	6,4	4,9	6,5	6,0

litt unter der neuerlich geringen Wasserführung der Flüsse.

Die Industrie (ohne Elektrizitätswirtschaft) erzeugte im III. Quartal insgesamt um 6½% und je Arbeitstag um 7% mehr als im Vorjahr. Verglichen mit dem Vorquartal war die Wachstumsrate gleich hoch, doch differenzierte sich die Konjunktur in den einzelnen Bereichen und Branchen. Im Investitionsgüterbereich (+5%) verringerten sich die Zuwächse in der Baustoffherzeugung (+4%): die Holzverarbeitung für Bauzwecke sank um 5%, in der Stein- und Keramikindustrie (+7%) blieben die Auftragseingänge seit Jahresbeginn hinter der Produktion zurück und in der Glasindustrie wuchsen die baubehängigen Sparten (+3%) am langsamsten. Unter den fertigen Investitionsgütern (+6½%) produzierte die Maschinenindustrie (+3%) im III. Quartal erstmals wieder mehr als im Vorjahr, die Fahrzeugindustrie (Investitionsgüter -7½%) litt noch unter der Investitionsschwäche nach Einführung der Mehrwertsteuer. Die Zuwächse im Bergbau und in den Grundstoffindustrien (+8½%) waren kleiner als im II. Quartal, hauptsächlich weil die Produktion im Vorjahr im III. Quartal besonders rasch gewachsen war. Die Magnesitindustrie profitierte von der guten Stahlkonjunktur und erzielte mit 16½% eines der besten Ergebnisse. Die Konsumgüterindustrien (+8%) wuchsen leicht beschleunigt. Vor allem der Bekleidungssektor (+8½%) dürfte für die Herbst-

**Industrieproduktion (Je Arbeitstag)**

	Ø		1973			
	1972	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Okt.	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bergbau und Grundstoffe	+6,3	+9,4	+12,7	+8,4	+0,5	
Investitionsgüter	+9,6	+4,6	+4,9	+5,1	-0,5	
Konsumgüter	+9,4	+6,7	+6,4	+7,8	+4,5	
Industrieproduktion ohne Elektrizität	+9,0	+6,3	+6,7	+6,9	+2,0	
Elektrizität	+1,2	+5,4	+11,4	+1,9	+19,3	
Industrieproduktion	+8,5	+6,3	+7,0	+6,5	+3,0	

und Winterkollektion eine lebhaftere Nachfrage als im Sommer erwartet haben. Besonders gut schnitt weiterhin die Papierindustrie ab, im Konsumbereich erzielte neben der Papiererzeugung (+14%) nun auch die Papierverarbeitung (+11%) hohe Zuwächse. Langlebige Konsumgüter (+9%) wuchsen nicht mehr so rasch wie in den Vorquartalen.

Im Oktober erzeugte die Industrie (ohne Elektrizitätswirtschaft) insgesamt um 6% und je Arbeitstag um 2% mehr als im Vorjahr. Da die arbeitstägige Bereinigung üblicherweise etwas übertreibt, lag die konjunkturtypische Zuwachsrate bei 4½%. Die Verringerung verglichen mit dem III. Quartal war erwartet worden, weil im Vorjahr der Boom vor Einführung der Mehrwertsteuer bereits im Oktober anließ. Niedriger als vor einem Jahr blieb die Produktion (je Arbeitstag) von Grundstoffen (—½%), Baustoffen (—6%) und fertigen Investitionsgütern (—1%). Die Erzeugung von langlebigen Konsumgütern stagnierte. Gut hielten sich weiterhin Bergbau und Magnesit (+5½%), Vorprodukte (+4%) sowie der Bekleidungs- (+6½%) und der Verbrauchsgüterbereich (+8%).

Nach den Unternehmermeldungen im Konjunkturtest von Ende Oktober verringerte sich die Kapazitätsauslastung in den letzten Monaten. Der Prozentsatz der Firmen, die mit den verfügbaren Mitteln mehr produzieren könnten (40%), ist etwa gleich hoch wie an der Jahreswende 1971/72 und zu Beginn des Aufschwunges im Frühjahr 1969. Deutlich verschlechterten sich die Produktionserwartungen, die unter dem langjährigen Durchschnitt der Konjunkturtestergebnisse lagen. Die Auftragslage wurde jedoch noch günstig beurteilt. Das Verhältnis von großen zu kleinen Auftragsbeständen war per Saldo gleich positiv wie Ende Juli, die Meldungen in den Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien lassen sogar auf eine längere Reichweite der Aufträge schließen. In den Konsumgüterindustrien nahm dagegen insbesondere der Bestand an Auslandsaufträgen merklich ab. Die Fertigwarenlager, die zu Jahresbeginn eher knapp waren, werden von den Unternehmern seit Jahresmitte zunehmend als hoch angesehen.

Das Gewerbe produzierte im III. Quartal real um 5½% mehr als im Vorjahr, die Wachstumsstruktur blieb im Gegensatz zur Industrie unverändert. Die höchsten Zuwächse erzielten das Bau- und Baunebengewerbe sowie das chemische und das Holzverarbeitende Gewerbe. Rascher als zuvor expandierte nur das Textilgewerbe. Eine Reihe von Gewerbebranchen entwickelte sich weiterhin mäßig, insbesondere graphisches und papierverarbeitendes Gewerbe sowie Ledererzeugung und -verarbeitung.

Die Bauwirtschaft leistete im III. Quartal real um 8% mehr als im Vorjahr. In der Baustoff-

versorgung traten mit Ausnahme von Baustahl kaum mehr Engpässe auf und die Beschäftigung konnte kräftig ausgeweitet werden. Saisonarbeitskräfte wurden dank der günstigen Witterung im Frühherbst später als sonst freigesetzt. Die Zahl der offenen Stellen war um ein Viertel geringer als im Vorjahr, jedoch noch etwas höher als im ersten Aufschwungsjahr 1970. Nach dem jüngsten Konjunkturtest von Ende Oktober war die Auslastung der Kapazitäten im Bauhauptgewerbe etwa gleich hoch wie im Sommer, die Reichweite der Auftragsbestände verkürzte sich etwas. Von Finanzierungsschwierigkeiten in der Projektabwicklung war weniger als ein Zehntel der vom Konjunkturtest erfaßten Firmen betroffen.

Die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft wuchs im III. Quartal real nur um 3%. Die Erzeugung der Gas- und Fernheizwerke war infolge des milden Wetters im September sogar niedriger als im Vorjahr. Der Stromverbrauch (ohne Pumpstrom) nahm relativ konstant zu (III. Quartal +5%, Oktober +6%), die Zuwächse (+2%, +17½%) in der Stromproduktion schwankten stark. Das Wasserdargebot der Flüsse war in den Sommermonaten gering und nahm im Frühherbst kräftig zu, die Wasserkraftwerke konnten daher im III. Quartal nur um ½%, im Oktober dagegen um 60½% mehr Strom erzeugen als im Vorjahr. Entsprechend unterschiedlich war der Einsatz der kalorischen Kraftwerke (+5%, —18%) und die Entwicklung von Einfuhr (+44%, —30%) und Ausfuhr (—1%, +84½%).

Verkehr und Nachrichtenwesen leisteten im III. Quartal real um 10% mehr als im Vorjahr, der Zuwachs war gleich kräftig wie im Vorquartal. Der Güterverkehr der Bahn wuchs um 10½% (Oktober +3½%), die Leistungen im Transit (+18%) expandierten rascher als im Binnen- und Außenhandelsverkehr (+8%). Die Wirtschaft forderte vor allem für Eisen, Metalle, Holz, Papier sowie Kohle und Koks viel mehr Wagen an als im Vorjahr. Auf der Donau blieb der Transport durch Niedrigwasser behindert, erst im Oktober besserte sich die Wasserführung DDSG und COMOS beförderten im III. Quartal um 9% weniger Gütertonnen und im Oktober um 27% mehr als im Vorjahr, davon im Westverkehr um 12½% (Oktober +29%) und im Südostverkehr um 4% (+23%) weniger. Im Luftverkehr erhöhte sich das Frachtaufkommen wie bisher am stärksten (ohne Transit +22½%, Oktober +29%), lediglich die Transitleistungen blieben unter dem Vorjahrsstand. Die Austrian Airlines erzielten überdurchschnittliche Zuwächse. Der Straßenverkehr entwickelte sich uneinheitlich. Während der gewerbliche Straßentransport kräftig expandierte, dürfte der Werkverkehr nur etwa gleich hoch gewesen sein wie im Vorjahr. Die Neuzulassungen von Lastkraft-

wagen blieben um 17½% und im Oktober um 19% unter dem Vorjahrswert, überwiegend spiegeln sich darin die Vorkäufe vor Einführung der Mehrwertsteuer.

Der *Personenverkehr* expandierte langsamer als der Güterverkehr. Die Bahn erzielte bei unveränderter Tarifstruktur um 4½% mehr Einnahmen, der Auto-bus-Überland-Liniendienst beförderte um 2% mehr Personen. Das Passagieraufkommen im Luftverkehr nahm ohne Transit um 8½% (Oktober +9½%) zu, der Zuwachs der Austrian Airlines (+12%) war wie im Frachtverkehr höher. Der Individualverkehr (Benzinverbrauch einschließlich Lagerbewegungen +3%) wuchs wegen des schwachen Fremdenverkehrs nur mäßig. Die Neuzulassungen von Personenkraftwagen lagen weiterhin unter dem Vorjahrsniveau. Faßt man die Monate Juli bis Oktober zusammen, um kurzfristige Verschiebungen infolge der EG-Zollsenkung vom 1. Oktober 1972 auszuschalten, so waren sie um 5½% niedriger als vor einem Jahr.

Im *Fremdenverkehr* sank im III. Quartal erstmals seit 1967 die Zahl der Nächtigungen (Ausländer —3½%, Inländer —1%, insgesamt —3%). Faßt man die Monate April bis Oktober zusammen, um den Einfluß des früheren Beginns der Schulferien in der Bundesrepublik Deutschland auszuschalten, ist der Rückgang (insgesamt 1½%) etwas geringer. Gleichzeitig nahmen Auslandsreisen von Österreichern kräftig zu: die Devisenausgänge, in denen allerdings auch Überweisungen von Gastarbeitern enthalten sind, erhöhten sich im III. Quartal um 20% (April bis Oktober +22%). Die Deviseneingänge nahmen trotz sinkender Nächtigungszahlen im III. Quartal noch um 11% (April bis Oktober +8½%) zu, netto verblieben 7% (2½%) mehr. Die schwache Sommersaison im Fremdenverkehr kann nicht mit der Konjunkturentwicklung im Ausland erklärt werden, sondern ist auf die Änderungen der Währungsparitäten und auf starke Preiserhöhungen zurückzuführen.

Die reale Wertschöpfung des *Handels* (+4½%) wuchs im III. Quartal langsamer als in den Vormonaten, hauptsächlich weil der *Großhandel* schwächer expandierte. Seine Netto-Umsätze (ohne Mehrwertsteuer) waren nominell um 5½% höher als die Brutto-Umsätze (einschließlich der kumulierten Umsatzsteuer) vor einem Jahr und um 15% höher als die geschätzten Netto-Umsätze. Da gleichzeitig die Netto-Großhandelspreise um mehr als 10% gestiegen sind, nahmen die realen Verkäufe des Großhandels nur um 4% zu, nach 7% im 1. Halbjahr. Die Abschwächung entfiel allein auf Rohstoffe und Halberzeugnisse. Der *Einzelhandel* verkaufte im III. Quartal real um 5% (nominell +9½%) mehr als im Vorjahr, der Zuwachs war real etwa gleich hoch

wie im 1. Halbjahr. In den Einkäufen disponierte der Einzelhandel weiterhin vorsichtig: Ende September waren die Lager des Fachhandels (ohne Tabakwaren) um 7% niedriger als vor einem Jahr. Im Oktober belebte sich der Geschäftsgang im Handel kräftig, der Großhandel setzte real um 7% und der Einzelhandel bei einem zusätzlichen Verkaufstag um 10% (nominell +14½%) mehr um. Insbesondere der Nahostkrieg belebte aus Angst vor Verknappungserscheinungen die Nachfrage.

Die *Land- und Forstwirtschaft* erzielte im III. Quartal (real +8%) viel bessere Ergebnisse als im 1. Halbjahr. Die *Landwirtschaft* brachte um 8% mehr Getreide und um zwei Drittel mehr Obst ein als im Vorjahr. Weiters gab es um 3% mehr Zuckerrüben bei durchschnittlicher Zuckerausbeute; die Weinernte wird auf 2 44 Mill. hl nach 2 60 Mill. hl im Jahr 1972 geschätzt<sup>1)</sup>. Das Angebot an Fleisch aus heimischer Erzeugung war im III. Quartal um 4½% und im Oktober um 11½% höher als im Vorjahr. Infolge der günstigeren Versorgungslage im Inland nahm die Ausfuhr von Schlachtvieh und Fleisch im III. Quartal um 40½% (Oktober +58%) zu und die Einfuhr wurde um 22½% (3½%) gedrosselt. Der Export von Zucht- und Nutztieren war jedoch stark rückläufig. Die Exporterlöse sind seit Anfang des Jahres fallend, im Inland geben die Rinderpreise seit dem Frühjahr nach. Im Inland war der Verbrauch an Fleisch im III. Quartal um ½% geringer und im Oktober um 9% höher als vor einem Jahr. Die Milchlieferungen an die Molke-reien blieben etwa auf dem Vorjahrsniveau (III. Quartal +1%, Oktober —2½%). Der Inlandsabsatz an Trinkvollmilch profitierte von der steigenden Nachfrage nach Milchmischgetränken; Butter wurde dagegen zum Teil infolge des schwachen Fremdenverkehrs weniger verkauft als vor einem Jahr. Der Butterexport konnte um knapp die Hälfte der Vorjahresmenge gesenkt werden, die Ausfuhr von Käse wurde um 16½% ausgeweitet. Die Exporterlöse gingen für beide Güter zurück.

Auf dem Holzmarkt hat sich der Nachfrageüberhang in den letzten Monaten etwas verringert. Die *Forstwirtschaft* forcierte den Einschlag; Starkholz wurde im III. Quartal um 11% (II. Quartal +4½%) und Schwach- und Brennholz um 2½% (II. Quartal —6%) mehr geschlägert als im Vorjahr. Von der Schnittholzproduktion gingen 62% ins Ausland, die lebhafteste Nachfrage der Mittelmeerländer glich Ausfälle in der Bundesrepublik Deutschland mehr als aus. Die Schnittholzlager der heimischen Sägeindustrie waren Ende September um 11½% niedriger, und es wurde im III. Quartal sechsmal soviel Nadelrundholz impor-

<sup>1)</sup> Wein und Zuckerrüben werden der agrarischen Wertschöpfung erst im IV. Quartal zugezählt.

tiert wie im Vorjahr. Der Preisaufrtrieb war kräftig, erreichte aber nicht mehr das Rekordausmaß des II. Quartals. Die gute Auftragslage der Papier- und Zellstoffindustrie belebte die Nachfrage nach Schleifholz; das Inlandsangebot konnte den Bedarf nicht decken, die Einfuhr wurde daher um 46% ausgeweitet. Um das Inlandsangebot zu steigern, sind die Schleifholzpreise im Laufe der Monate August bis Oktober um 15% angehoben worden.

**Starke Zunahme der Beschäftigung, Verringerung der Stellenangebote**

Auf dem Arbeitsmarkt hielt die kräftige Zunahme der *Beschäftigung* im Herbst an. Der Saisonhöhepunkt lag im Oktober, nachdem er sich bereits in den Jahren vorher vom August in den September verschoben hatte. Auch im November wurden nur wenig Saisonarbeitskräfte (4.900) freigesetzt. Insgesamt war die Zahl der unselbständig Beschäftigten (Ende November 2,666 400) im Durchschnitt der Monate September bis November um 4% höher als im Vorjahr. Weibliche Arbeitskräfte wurden um 5½% mehr gezählt, ein Teil dieser Erhöhung geht auf Teilzeitarbeit und auf die Anmeldung bisher selbständig mithelfender Ehefrauen zurück. Die zusätzlich beschäftigten Männer stammten überwiegend aus dem Ausland, doch schwächte sich die Zuwanderung der Gastarbeiter etwas ab. Verglichen mit dem Vorjahr war ihre Zahl von September bis November um 18½% höher, nach 21% im Durchschnitt der Monate Juni bis August. Der Ausländeranteil an der Beschäftigung erreichte im November 9,4%, vor einem Jahr war er um einen Prozentpunkt niedriger gewesen.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften blieb im Dienstleistungsbereich (Handel, Banken, Versicherungen und Wirtschaftsdienste) und im Baugewerbe kräftig, in der *Industrie* war sie dagegen geringer. Im III. Quartal lag die Zahl der Beschäftigten in der Industrie um 2% über dem Vorjahrswert, gleichzeitig sank die Arbeitszeit je Industriearbeiter bei gleich vielen Arbeitstagen um ½%. Mehr Arbeitskräfte beschäftigte vor allem die Elektro-, Fahrzeug- und Maschinenindustrie, weniger als vor einem Jahr gab es in Bergwerken, in der papiererzeugenden Indu-

strie sowie in Textil-, Bekleidungs- und Lederbetrieben.

Erste Anzeichen der Entspannung auf dem Arbeitsmarkt zeigten sich seit dem Sommer in den *Stellenangeboten*, die im November erstmals seit 1968 etwas niedriger (—1½%) waren als im Vorjahr, nach +10% im Juni. Die Verflachung geht nur zum Teil auf Sondereinflüsse — Vormerkung des Wiener Spitalbedarfes im September 1972 und besonders lebhaft Nachfrage nach Arbeitskräften vor Einführung der Mehrwertsteuer — zurück. Überwiegend reichte nun die Elastizität des Arbeitskräfteangebotes aus, um den zusätzlichen Bedarf zu decken. Bis zum Sommer waren Beschäftigung und offene Stellen gleichzeitig kräftig gewachsen. Die *Arbeitslosigkeit* blieb weiterhin gering, im Durchschnitt der Monate September bis November wurden etwa gleich viele Vormerkungen gezählt wie im Vorjahr. Im Oktober waren fast zwei Drittel der Arbeitslosen bedingt vermittlungsgerechtigt, ohne diesen Personenkreis betrug die Arbeitslosenrate bloß 0,6%.

**Vorübergehende Beschleunigung der Inlandsnachfrage im III. Quartal**

Die *Inlandsnachfrage* expandierte im III. Quartal rascher als im Vorquartal, das verfügbare Güter- und Leistungsvolumen war real um 9½% höher als im Vorjahr. Zur Beschleunigung trug vor allem bei, daß die Reaktion auf die Vorkaufswelle vor Einführung der Mehrwertsteuer etwas schwächer und der saisonübliche *Lagerabbau* nur etwa halb so hoch war wie im Vorjahr. Im IV. Quartal wird die Inlandsnachfrage merklich kleinere Zuwächse erreichen, da sie im Vorjahr durch die Vorkäufe aufgebläht war.

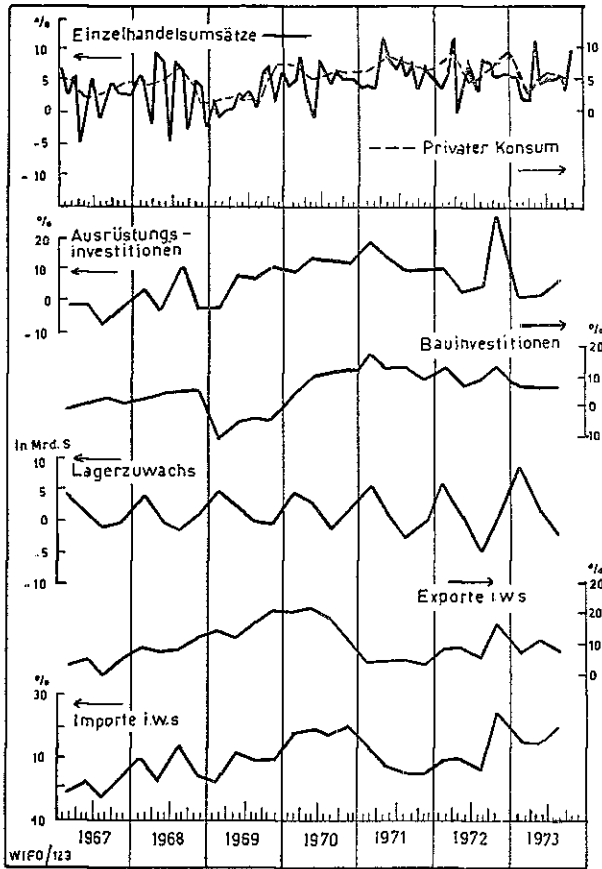
Die *Brutto-Anlageinvestitionen* waren im III. Quartal real um 7% höher als vor einem Jahr, nach 4½% im II. Quartal. Die *Ausrüstungsinvestitionen* (+5½%) erholten sich nach der kräftigen Abschwächung zu Jahresbeginn nur zum Teil, die konjunkturellen Aussichten wurden im allgemeinen *vorsichtiger beurteilt*. In der gewerblichen Wirtschaft wuchsen die Investitionen in Maschinen und Elektrogeräte im III. Quartal (+11%) zwar mehr als doppelt so rasch als im Vorquartal, die Investitionen in Straßenfahrzeuge (—11½%) blieben dagegen weiterhin unter dem Vorjahrsniveau. Die Landwirtschaft kaufte um 33% weniger Traktoren und um 10% weniger Landmaschinen. Die *baulichen Investitionen* expandierten kräftig und waren wie im II. Quartal um 8% höher als im Vorjahr, die Lage in der Bauwirtschaft hat sich leicht entspannt. Der Auftragsüberhang wurde kleiner, weil der Arbeitsmarkt relativ elastisch und die Witterungsbedingungen günstig waren, doch schwächten sich auch die Auftragsengänge ab.

**Arbeitslage**

	Beschäftigte		Arbeitslose	Offene Stellen
	Insgesamt	Industrie		
Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000				
Ø 1972	+ 579	+149	-29	+61
1973, I. Quartal	+ 812	+173	-62	+63
II. „	+ 979	+149	-35	+68
III. „	+ 997	+127 <sup>1)</sup>	-12	+44
Oktober	+1027		+02	+18
November	+1058 <sup>1)</sup>		+06	-09

<sup>1)</sup> Vorläufige Zahl.

Indikatoren der Nachfrage<sup>1)</sup>



<sup>1)</sup> Zu Preisen von 1964.

Brutto-Anlageinvestitionen  
(Real)

	Insgesamt	Bauten	Ausrüstung
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Ø 1972	+11.4	+10.5	+12.5
1973, I. Quartal	+4.0	+9.0	+0.1
II.	+4.5	+8.0	+0.1
III.	+7.1	+8.0	+5.6

Der private Konsum wuchs im III. Quartal real mit 5% (nominell +10½%) etwa gleich rasch wie im 1. Halbjahr. Die Sparneigung der Konsumenten blieb nach wie vor hoch, der Zuwachs der Spareinlagen übertraf jenen der Masseneinkommen. Gleichzeitig nahmen infolge der restriktiven Kreditpolitik die Konsumkredite langsamer zu. Die Reaktion auf die Vorkaufswelle vor Einführung der Mehrwertsteuer ist auch im Sommer noch nicht abgeklungen. Dauerhafte Konsumgüter, die hauptsächlich vorgekauft worden waren, wurden im III. Quartal real nur um 3½% mehr abgesetzt als im Vorjahr. Die Neuanschaffungen von Personenkraftwagen waren um 1% geringer als vor einem Jahr, nach -8% im 1. Halbjahr, doch ist dieses günstigere Ergebnis verzerrt, weil im September 1972 viele

Autokäufer die EG-Zollsenkung ab Oktober abgewartet hatten. Unter den nichtdauerhaften Konsumgütern und Dienstleistungen (+5½%) expandierten die realen Ausgaben für Bildung, Unterhaltung und Erholung (+16%) am stärksten. Die Nachfrage nach Bekleidung und persönlicher Ausstattung, die schon im 1. Halbjahr unterdurchschnittlich gestiegen war, sank um 2%. Im Oktober belebte die Angst vor Verknappungserscheinungen nach Ausbruch des Nahostkrieges insbesondere die Käufe von Benzin, Heizöl und Lebensmittel. Einschließlich der zusätzlichen Vorratskäufe in anderen Branchen dürften die Einzelhandelsumsätze allein dadurch nominell um 2% gestiegen sein. Im November war der Umfang der Vorratskäufe nach ersten Meldungen noch höher.

Privater Konsum und Einzelhandelsumsätze  
(Real)

	Privater Konsum	Einzelhandelsumsätze insgesamt	Langlebige Güter
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Ø 1972	+7.3	+5.7	+13.5
1973, I. Quartal	+3.0	+2.7	+4.5
II.	+6.9	+7.5	+8.4
III.	+5.0	+4.8	+6.9
Oktober		+9.9	+9.4

Lebhafter Außenhandel

Der Außenhandel expandierte in den letzten Monaten unverändert kräftig. Faßt man Juli bis Oktober zusammen, um den Sonderfaktor der EG-Zollsenkung im Vorjahr auszuschalten, wuchsen Ausfuhr (+19½%) und Einfuhr (+18½%) mit gleichen Raten wie im II. Quartal. Etwas ungünstiger entwickelte sich in jüngster Zeit die Auftragslage. Nach dem neuesten Konjunkturtest von Ende Oktober meldeten bereits 24% der Unternehmer kleine Bestände an Auslandsaufträgen, nach 21% Ende Juli und 18% Ende April. Deutlich verschlechtert hat sich die Beurteilung in der Konsumgüterindustrie; die Grundstoffindustrie verfügt überwiegend noch über hohe Auftragsbestände. In den Investitionsgüterindustrien besserte sich die Auftragslage etwas, weil sie Ende Juli nach den vorhergehenden Restriktionsmaßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland stark beeinträchtigt war. Rückwirkungen der EG-Zollsenkung vom 1. Oktober 1972 auf die regionale Verteilung des österreichischen Außenhandels lassen sich gegenwärtig nur grob abschätzen, da sie von Konjunkturentwicklung und Währungsparitätsänderungen überlagert wurden. Von Anfang Oktober 1972 bis Ende September 1973 sind die Importe aus der EG um 26½%, aus der EFTA (jeweils in den Abgrenzungen 1972) jedoch bloß um 16% gestiegen. In den Exporten war die Differenz der Zuwachsraten mit 18½% und 17% viel geringer.

**Struktur der Ausfuhr**

	Nahrungs- u. Genußmittel	Rohstoffe	Halbfertigwaren	Investitionsgüter <sup>1)</sup>	Konsumgüter	Insgesamt <sup>1)</sup>
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Ø 1972	30,4	5,0	7,3	13,6	16,9	13,4
1973, I. Qu.	-6,8	4,4	21,7	6,0	12,4	10,9
II. Qu.	-10,8	38,6	23,9	12,1	20,8	19,7
III. Qu.	-5,4	40,9	18,5	10,8	18,3	17,9
Oktober	1,9	47,9	29,3	16,4	22,0	23,6

<sup>1)</sup> Ohne Ausfuhr von Flugzeugen und Schiffen im Reparaturverkehr.

Die *Ausfuhr* war im III. Quartal um 18% und im Oktober um 23½% höher als im Vorjahr. Besonders das Ergebnis vom Oktober kam trotz eines zusätzlichen Arbeitstages überraschend, da der Zuwachs bereits im Oktober 1972 nach der EG-Zollsenkung und infolge mehrwertsteuerbedingter Vorverlagerungen überdurchschnittlich hoch gewesen war. Der Exportboom war breit gestreut. Am kräftigsten nahm weiterhin die Ausfuhr von Rohstoffen (III. Quartal +41%, Oktober +48%) zu, besonders lebhaft war die Auslandsnachfrage nach Holz und chemischen Grundstoffen. Unter den halbfertigen Waren (+18½%, +29½%) erreichten die Exporte von Eisen und Stahl sowie von NE-Metallen nicht mehr die sehr hohen Zuwächse vom II. Quartal. Die Konsumgüterausfuhr (+18½%, +22%) blieb lebhaft, der Export von Investitionsgütern (+11%, +16½%) litt etwas unter den wirtschaftspolitischen Restriktionen in Westeuropa.

In der *Einfuhr* (III. Quartal +23%, Oktober +8%) war das monatliche Wachstum durch die EG-Zollsenkung vom Vorjahr deutlich verzerrt. Hauptsächlich wurden davon die Importe von Personenkraftwagen betroffen, die im September um 149% höher und im Oktober um 35% niedriger waren als im Vorjahr (Durchschnitt Juli bis Oktober -1½%). Die Warenstruktur der Einfuhr entwickelte sich weiterhin ähnlich jener der Ausfuhr. Rohstoffe (Juli bis Oktober +23½%) und halbfertige Waren (+27%) erzielten die höchsten Importzuwächse, die Einfuhr von Konsumgütern (+18½%) expandierte durchschnittlich. Die heimische Investitionsschwäche ließ die Investitionsgüterimporte von Juli bis Oktober bloß um 10% zunehmen.

**Struktur der Einfuhr**

	Nahrungs- u. Genußmittel	Rohstoffe	Halbfertigwaren	Investitionsgüter <sup>1)</sup>	Konsumgüter	Insgesamt <sup>1)</sup>
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Ø 1972	11,7	2,9	9,1	21,5	21,1	15,2
1973, I. Qu.	31,2	13,6	24,9	8,9	20,7	18,6
II. Qu.	27,8	20,5	24,4	13,6	14,7	18,0
III. Qu.	17,5	26,4	30,6	11,7	26,1	23,2
Oktober	7,0	16,0	17,7	5,7	2,8	7,9

<sup>1)</sup> Ohne Einfuhr von Flugzeugen und Schiffen im Reparaturverkehr.

**Hoher Abfluß langfristigen Kapitals**

Das Defizit der *Handelsbilanz* (11,47 Mrd. S) war von Juli bis Oktober um 1,27 Mrd. S höher als im Vorjahr; das Aktivum der Leistungsbilanz (2,22 Mrd. S) sank um fast den gleichen Betrag, da die Nettoerlöse aus dem Dienstleistungsverkehr nur um rund 100 Mill. S zunahmen. An *langfristigem Kapital* floß netto im III. Quartal 2,71 Mrd. S und im Oktober 2,33 Mrd. S ab, im Vorjahr wurden von Juli bis Oktober netto 0,84 Mrd. S hereingenommen. Die Saldendrehung war überwiegend Folge des höheren Zinsniveaus im Ausland und der inländischen Restriktionsmaßnahmen, die Käufe österreichischer Wertpapiere durch Ausländer nahezu ganz unterbanden. Allein im Oktober wurden von Österreichern ausländische Obligationen netto um 2,22 Mrd. S (im Vorjahr 0,02 Mrd. S) erworben. Aus dem Titel der Statistischen Differenz ergab sich im III. Quartal zum Teil wegen der Buchverluste nach der Währungsparitätsänderung ein Defizit von 0,41 Mrd. S nach einem Überschuß von 1,86 Mrd. S im Vorjahr. Im Oktober schloß die Statistische Differenz mit einem ähnlich hohen Überschuß (0,78 Mrd. S) wie vor einem Jahr. Die *Währungsreserven* der österreichischen Wirtschaft stiegen im III. Quartal um 1,40 Mrd. S (im Vorjahr +8,79 Mrd. S) und nahmen im Oktober um 3,78 Mrd. S (im Vorjahr um 2,14 Mrd. S) auf 43,95 Mrd. S ab.

**Zahlungsbilanz**

	Waren	Dienstleistungen	Währungsreserven	davon	
	Mrd. S				
				Notenbank	Kreditapparat
1972	-32,92	+26,76	+2,99	+8,58	-5,59
1973, I. Quartal	-10,60	+5,70	-2,60	-2,57	-0,03
II. „	-8,76	+7,27	+0,42	-0,37	+0,79
III. „	-8,33	+12,28	+1,40	+1,82	-0,42
Oktober	-3,13	+0,95	-3,78	-2,09	-1,68

Die *Liquidität* des Kreditapparates blieb im III. Quartal und im Oktober knapp. Die Refinanzierungshilfe der Notenbank wurde weiterhin stark in Anspruch genommen, Ende Oktober war die Notenbankverschuldung des Kreditapparates (4,90 Mrd. S) um 1,23 Mrd. S höher als Ende Juni und lag um 1,45 Mrd. S über dem Vorjahrswert. Gleichzeitig erhöhten die Kreditunternehmen ihre kurzfristigen Nettoauslandsverpflichtungen gegen Ende Juni um 2,10 Mrd. S auf 15,13 Mrd. S. Die Kassenliquidität des Kreditapparates stieg von Ende Juni bis Ende Oktober um 3,22 Mrd. S auf 22,84 Mrd. S, die in- und ausländische Liquidität sank um rund 100 Mill. S auf 2,81 Mrd. S. Nach einer vorübergehenden Entspannung der Liquiditätslage im November stieg der Liquiditätsbedarf in der ersten Dezemberhälfte kräftig.

tig an. Bis zur Monatsmitte wurde die Notenbankverschuldung auf den neuen Höchstwert von 9¼ Mrd. S ausgeweitet. Das *kommerzielle Kreditvolumen* wuchs im III. Quartal um 528 Mrd. S und im Oktober um 303 Mrd. S, das sind insgesamt um 484 Mrd. S weniger als im Vorjahr. Die Kreditausweitung blieb sogar etwas unterhalb der Leitlinie: im Juli und Oktober um 0,3 Prozentpunkte und im August und September um 0,5 Prozentpunkte. Ende November kamen Finanzministerium, Notenbank und Kreditapparat überein, die Stabilisierungsmaßnahmen auf dem Kreditsektor bis zur Jahresmitte 1974 mit geringfügigen Veränderungen zu verlängern. Die Leitlinie der Kreditexpansion beträgt auf der neuen Basis vom 31. Dezember 1973 weiterhin monatlich 1%, das entspricht 1,13% bezogen auf die frühere Basis vom 30. November 1972.

Unter den *längerfristigen Fremdmitteln* entwickelten sich die Spareinlagen insbesondere im Oktober günstig, da im Vorjahr die Sparneigung bereits zu Herbstbeginn durch den Kaufboom vor Einführung der Mehrwertsteuer gedämpft war. Im III. Quartal wurden 613 Mrd. S (im Vorjahr 514 Mrd. S) und im Oktober 459 Mrd. S (336 Mrd. S) auf Sparkonten eingelegt. Die Umschichtung von freien zu gebundenen Spareinlagen war bis zur Jahresmitte abgeschlossen. Von Terminkonten wurden im III. Quartal netto 040 Mrd. S abgezogen, im Vorjahr 010 Mrd. S eingelegt. Eigene Emissionen setzte der Kreditapparat netto nur um 006 Mrd. S (Oktober 033 Mrd. S) ab, vor einem Jahr waren es 233 Mrd. S (022 Mrd. S) gewesen. Auf dem *Rentenmarkt* wurde mit der Herbstemission erst im Oktober begonnen und die Renditen verglichen mit dem 1. Halbjahr um rund ½ Prozentpunkt auf knapp über 8% angehoben. Die Nachfrage des Publikums war zunächst sehr lebhaft, dürfte sich aber in jüngster Zeit wieder etwas verflacht haben. Insgesamt wurden im 2. Halbjahr Anleihen im Nominale von 38 Mrd. S zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt (im Vorjahr 445 Mrd. S). Die Anleiheemissionen des Jahres 1973 waren weitgehend im Einklang mit der kreditpolitischen Leitlinie. Auf dem *Aktienmarkt* setzte sich nach der sommerlichen Flaute im Herbst keine einheitliche Tendenz durch. Der Aktienkursindex sank von Juni bis Oktober um 3,9%, die Kurse der Industrieaktien allein gaben um 4,4% nach.

Die *Abgabenerträge des Bundes* nahmen im III. Quartal brutto um 7½% (Oktober/November +11%) und netto um 9% (+4%) zu. Die Zuwachsraten waren vorwiegend aus statistischen Gründen höher als im II. Quartal (brutto +3%, netto +2%); im Frühjahr wurden einige größere Finanzämter auf elektronische Datenverarbeitung umgestellt und die Einnahmen konnten vielfach nicht kon-

kret zugeordnet werden. Davon waren vor allem die *direkten Steuern* betroffen, die im III. Quartal um 11½% (Oktober/November +20%) höhere Erträge erbrachten, nach -1½% im Vorquartal. Sowohl die Eingänge an Lohnsteuer (III. Quartal +19%, Oktober/November +19½%) als auch an veranlagter Einkommensteuer (+21%, +40½%) stiegen kräftig. Unter den *indirekten Steuern* (+4½%, +5%) lagen die Mehrwertsteuereinnahmen um 11% bzw. 12% über den vergleichbaren Umsatzsteuererträgen des Vorjahres. Die Investitionssteuereingänge blieben auch im III. Quartal mit 090 Mrd. S hinter den Erwartungen zurück, erbrachten aber in den Monaten Oktober und November 125 Mrd. S, das ist fast gleich viel wie in den ersten drei Quartalen zusammen. Gleichzeitig wurde die Lagerentlastung stärker in Anspruch genommen (III. Quartal 120 Mrd. S, Oktober/November 178 Mrd. S). Die Verbrauchsteuern stagnierten, hauptsächlich weil die Mineralölsteuereinnahmen infolge des schwachen Fremdenverkehrs mäßig zunahmen. Die uneinheitliche Entwicklung der Zölle (III. Quartal -7%, Oktober/November +12%) ergab sich durch die EG-Zollsenkung vom 1. Oktober 1972.

**Abgabenerfolg des Bundes**

	III Quartal 1973		Oktober 1973		November 1973	
	Mrd. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mrd. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mrd. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Direkte Steuern	12 08	+11 5	4 00	+34 0	5 17	+11 2
Indirekte Steuern	16 01	+ 4 7	5 58	+ 3 4	6 08	+ 6 4
Abgaben, brutto	28 09	+ 7 7	9 57	+14 3	11 25	+ 8 6
Abgaben, netto	18 85	+ 8 9	5 29	+12 2	7 09	- 1 1

**Beschleunigter Preisauftrieb, überdurchschnittliche Tariffloohnerhöhungen**

Der *Preisauftrieb* im In- und Ausland beschleunigte sich in den letzten Monaten. Dazu trugen vor allem die kräftigen Erhöhungen der Preise von Rohöl und seinen Derivaten bei; die Anhebungen waren zum Teil auch schon vor dem Ausbruch des Nahostkrieges erfolgt. Die Vorjahrsabstände der Verbraucherpreise sind im Herbst in einigen europäischen Ländern wie in Großbritannien, Italien und in der Schweiz auf über 10% gestiegen. Der Mineralölanteil ist beträchtlich: nach Berechnungen in der Schweiz hätte die Rate im November bei Ausschaltung der Benzin- und Heizölpreiserhöhungen statt 108% nur 73% betragen. Neben dem Erdöl war es die gemeinsame Hochkonjunktur aller Industriestaaten, die die inflationären Tendenzen förderte. Die Rohwarenpreise (gemessen am Index des Londoner Economist) sanken wohl von August bis November um 1½%, waren aber im November noch immer um 58% höher als vor einem Jahr. In Österreich hatten



die Preise im Großhandel schon seit Jahresbeginn infolge der Rohstoff- und Nahrungsmittelverteuerungen kräftig angezogen. Auf den Verbrauchermärkten beschleunigte sich der Preisauftrieb nach der Beruhigung in den Sommermonaten im Herbst. Zu den Überwälzungen von den vorgelagerten Stufen und der Benzin- und Heizölverteuerung kam noch der durch die Abschlüsse in der Lohnrunde ausgelöste Preisanstieg.

Der Vorjahrsabstand des *Verbraucherpreisindex*, der bis September auf 6½% gefallen war, erreichte im November 8%. In den letzten drei Monaten (August/November) erhöhte sich der Index um 2,9% (ohne Saisonprodukte +2,8%) nach 1,3% im III. Quartal. Die monatliche Steigerungsrate, die bis September 0,4% betrug, erreichte im Oktober und im November jeweils 1,4%. Die Verteuerung von Mineralölprodukten ließ den Index allein um 0,4% steigen; kräftig erhöhten sich im Herbst außerdem die Preise von Dienstleistungen (November 1973 gegen November 1972 +11%), insbesondere Maler und Installateurleistungen, Personenkraftwagen-Service und die Personenkraftwagen-Haftpflichtversicherung. Die Nahrungsmittelpreise waren im November um 6½% höher als im Vorjahr. Nach der Lohnrunde wurden die amtlich geregelten Preise von Mehl und Grieß im November um 6% und von Brot und Semmeln im Dezember um 10% bzw. 14% hinaufgesetzt. Die Bewilligung von Anträgen auf Preiserhöhungen von Milch und Zucker steht noch aus. Der *Index der Großhandelspreise* stieg von August bis November um 5,3% viel rascher als im III. Quartal (+1,8%) und lag im November um 13,7% über dem Vorjahrswert. Kräftig verteuerten sich Rohstoffe und Halbfertigwaren, sie kosteten um 21½% mehr als vor einem Jahr. Neben Erdölprodukten stiegen in den letzten Monaten insbesondere die Preise von Holz, festen Brennstoffen, Chemikalien, Textilien, NE-Metallen sowie Eisen und Stahl. Unter den Fertigwarenpreisen (+9½%) verteuerten sich vor allem Investitionsgüter. Leicht abgeschwächt hat sich der Preisauftrieb bei Agrarerzeugnissen bzw. Lebens- und Genußmitteln in der zweiten Jahreshälfte.

Die *Lohnrunde* erreichte im September ihren Höhepunkt und läuft zu Jahresende mit den noch ausstehenden Vereinbarungen der Nahrungsmittelbranchen aus. Die Tarifabschlüsse liegen um 2 bis 4 Prozentpunkte über jenen der vorhergehenden Lohnrunde, die Laufzeiten der Verträge sind abermals etwas kürzer. Die vereinbarten Erhöhungssätze streuen von 14% bei den Textilarbeitern bis 17½% im Metallbereich und 19% bei den Gewerbeangestellten. Schaltet man den Effekt der unterschiedlichen Laufzeiten durch Normierung der einzelnen Raten auf einen Zeitraum eines Jahres aus, liegen

sie zwischen 11% (Textil) und 14% (Metall, Industrie- und Gewerbeangestellte). Soweit Ist-Lohnerhöhungen kollektivvertraglich vereinbart wurden, betragen sie zumeist 12½%.

Das *Tariflohniveau* stieg von Juli bis Oktober um 6% und war im III. Quartal um 9½% und im Oktober um 14% höher als im Vorjahr. Die Kollektivvertragsabschlüsse der Industrie fielen überwiegend in den September, im Oktober konzentrierten sie sich auf das Gewerbe, Verkehr und Fremdenverkehr sowie auf das Geld- und Kreditwesen. Die Arbeitnehmer in der Mühlenindustrie und in den Molkereien erhielten ab November, in der Brotindustrie ab Dezember eine Mindestlohnerhöhung von 15%; Handelsbedienstete, die jährlich abschließen, erreichten 12½% ab 1. Jänner 1974. Die *Effektivverdienste* in der Privatwirtschaft nahmen vom II. zum III. Quartal saisonbereinigt um 7½% zu, ihr Vorjahrsabstand vergrößerte sich von 9½% auf 12½%. Die *Lohndrift* in der Privatwirtschaft war im III. Quartal mit rund 4½% relativ stark (1. Halbjahr 0%). In der Industrie, die weitgehend am Beginn der Lohnrunde neue Kollektivverträge abschloß, waren jedoch sowohl Brutto- als auch Nettodrift (—2%, —1½%) im September bereits negativ.

**Preise und Löhne**

	Verbraucherpreisindex 66		Masseneinkommen netto	Monatsverdienste der Industriebeschäftigten brutto	Tariflohnindex 66 Industriebeschäftigte
	einschl. Saisonprodukte	ohne Saisonprodukte			
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Ø 1972	+6,3	+6,4	+12,0	+12,0	+9,2 <sup>1)</sup>
1973 I. Qu.	+7,9	+7,7	+14,2	+13,6	+12,4
II. Qu.	+7,8	+7,5	+13,4	+11,8	+7,8
III. Qu.	+6,8	+7,0	+14,7	+10,1	+8,0
Oktober	+7,0	+7,4	..	..	+15,7
November	+8,0	+8,0	..	..	..

<sup>1)</sup> Ohne Arbeitszeitverkürzung

**1974: Weltweite Abschwächung der Konjunktur**

1974 wird sich das Wirtschaftswachstum in Österreich aus einer Reihe von Gründen verlangsamen: Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die 1973 zur Abkühlung der überhitzten Konjunktur und des damit verbundenen Preisauftriebes ergriffen worden waren, werden weiter wirken; dazu kommen die Abschwächung der Weltkonjunktur und die Folgen der Verknappung und Verteuerung von Rohöl und Derivaten.

Schon vor der Ölknappheit hatte man weltweit mit einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums gerechnet. So gut wie alle Industriestaaten erwarteten, in die Entspannungsphase der Konjunktur zu treten,

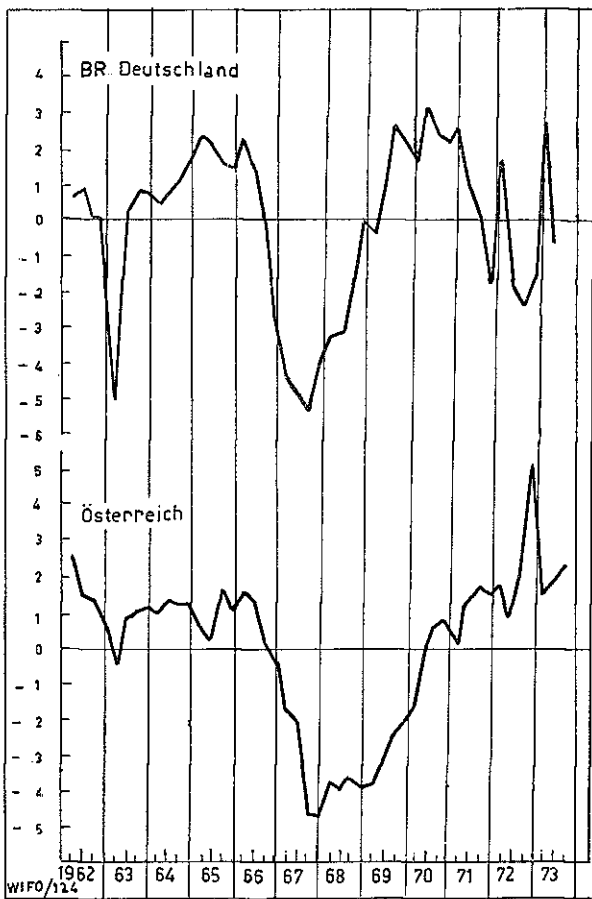
Nordamerika nach einer rund dreijährigen Periode steigender Kapazitätsauslastung, die meisten europäischen Staaten nach einer durch die scharfen Restriktionsmaßnahmen stark verkürzten Phase steigender Kapazitätsauslastung von nur etwa einem Jahr. Die Wachstumsraten sollten unter den damals herrschenden Bedingungen in den USA von 6% auf gut 2½%, in Europa von 6% auf 4½% zurückgehen<sup>1)</sup>. Für Österreich hatte das Institut im September eine Verlangsamung des Wachstums von 6% auf 4½% angenommen<sup>2)</sup>, und damit ein Abklingen der nun schon sechs Jahre währenden Periode steigender Kapazitätsauslastung (siehe Abbildung). Die Abschwächungstendenzen hätten in Österreich wie in den meisten anderen Industriestaaten die Wachstumsraten von Investitionen und Lagerbildung gedrückt und die Expansion des Welthandels verlangsamt. Infolge der Ölknappheit könnten zu diesen

nachfragebedingten Abschwächungstendenzen branchenweise Angebotsengpässe treten. Primär würden davon Petrochemie, die energieintensiven Industriebranchen (Stahl, Baustoffe, Papier, Nahrungsmittel) und die Verkehrswirtschaft getroffen, sekundär ihre nachgelagerten Branchen und der Fremdenverkehr. Vor allem die Sekundärwirkungen könnten umso schwerer wiegen, je länger die Knappheit dauert.

Dauer und Ausmaß der Produktions- und Lieferbeschränkungen der arabischen Staaten zu prognostizieren, scheint derzeit unmöglich. Die gegenwärtige Verknappung und Verteuerung von Erdöl wird jedoch kurzfristig kaum überwunden werden können, zumal sie nur zum Teil angebotsbedingt, zum Teil jedoch eine Folge der sich immer mehr öffnenden Schere zwischen Angebot und Nachfrage ist. Insbesondere die USA, die bis vor kurzem weitgehend autark gewesen sind, traten am Weltmarkt immer mehr als Käufer in Erscheinung. In den ersten Monaten 1973 kauften sie mengenmäßig um etwa die Hälfte mehr als ein Jahr zuvor und haben einen Anteil von rund einem Fünftel an den Welterdölimporten erreicht. Mit abflauerender Konjunktur in den Industriestaaten und mit einem eventuellen Ende der Lieferbeschränkungen wird sich der Erdölmarkt zwar wieder etwas entspannen, mit einem Ende der Verkäufermarktsituation ist jedoch im Laufe des Jahres 1974 nicht zu rechnen<sup>3)</sup>.

Österreich wird dank seiner heimischen Förderung und seiner beträchtlichen Raffineriekapazität von der Erdölverknappung wohl etwas weniger betroffen werden als insbesondere die EG-Staaten<sup>4)</sup>. Da nicht bekannt ist, welche Mengen von Rohöl und Erdölprodukten auf dem Weltmarkt erhältlich sein werden (die Lage ändert sich von Tag zu Tag), wurden verschiedene Prognosevarianten durchgerechnet: die Normalvariante, die in der Übersicht „Entwicklung wichtiger volkswirtschaftlicher Globalgrößen“ dargestellt wird, nimmt für 1974 ein rund 3%iges Wachstum des realen Brutto-Nationalproduktes an. Diese Wachstumsrate könnte selbst dann erreicht werden, wenn der Produktenimport um 50% und der Rohölimport um 10% eingeschränkt, die heimische

**Konjunkturschwankungen in Österreich und in der Bundesrepublik Deutschland**  
(Abweichungen vom log-linearen Trend in Prozent)



Trendwachstum: Österreich 5 3%, Bundesrepublik Deutschland 4 6%.

<sup>1)</sup> A. Stanzel, Die Konjunktur in den westlichen Industriestaaten. Monatsberichte, Jg. 1973, Heft 11, S. 506.

<sup>2)</sup> Erste Prognose für 1974: Entspannung der Konjunktur. Monatsberichte, Jg. 1973, Heft 9, S. 401.

<sup>3)</sup> Erst gegen Ende dieses Jahrzehnts werden die gegenwärtigen Bemühungen um die Erschließung neuer Lagerstätten reifen, deren Ausbeutung in der Periode stagnierender Erdölpreise während der zweiten Hälfte der fünfziger und der sechziger Jahre zwar technisch möglich, wirtschaftlich jedoch nicht vertretbar war. In der Zwischenzeit werden Angebot und Nachfrage vor allem durch Maßnahmen zur sparsameren Verwendung und Substitution aneinander angepaßt werden müssen. Dabei ist sowohl an die Substitution von Erdöl durch andere Energieträger zu denken als auch an die Substitution von Produkten der Erdölchemie durch andere Produkte.

<sup>4)</sup> Siehe dazu den Abschnitt „Energiewirtschaft“, S. 562.

Förderung hingegen um 10% ausgeweitet wird<sup>1)</sup>. In diesem Falle würde allerdings das Produktenangebot um 20% geringer sein als der Bedarf, und Kürzungen müßten vor allem dort vorgenommen werden, wo sie die Produktion nicht behindern (z. B. Beschränkungen im Treibstoffverbrauch für private Zwecke, Ersatz von Mineralölprodukten durch Kohle im Hausbrand und in der Stahlindustrie, Einsparung von Erdöl in der Elektrizitätswirtschaft, was durch die Fertigstellung zusätzlicher hydraulischer und erdgasgefeuerter Kapazitäten möglich erscheint). Außerdem wäre kein Aufbau von Erdöl- und Produktenlagern über den Stand von Ende 1973 hinaus möglich. Die Produktion von Industrie und Gewerbe könnte dann trotz der Versorgungsschwierigkeiten um 3% und 2½% wachsen, im Baugewerbe wäre dank der Baustofflager, die 1973 aufgebaut wurden, ein rund 4%iger Leistungszuwachs möglich. Verkehr und Fremdenverkehr (in den Sonstigen Dienstleistungen enthalten) würden unter der Treibstoffknappheit leiden, die Ausfälle im Privatverkehr würden jedoch zum Teil öffentlichen Verkehrsmitteln zugute kommen. Die Land- und

Forstwirtschaft wird — unabhängig von der Erdölknappheit — ihre Leistungen kaum nennenswert über das (gute) Niveau von 1973 steigern können.

Sollte das Angebot an Erdölprodukten etwa den Stand von 1973 erreichen (z. B. Kürzung der Produktenimporte um 50%, Steigerung der heimischen Produktion und der Rohölimporte um 10%), würde die Produktion (normale Witterungsverhältnisse und Wasserführung der Flüsse vorausgesetzt) kaum beeinträchtigt werden. Nach dieser optimistischen Variante wäre ein Brutto-Nationalproduktwachstum von rund 4% möglich, wobei die Wachstumsverluste gegenüber der störungsfreien 4½%-Ausgangsbasis vor allem auf das schwächere Wachstum der Weltwirtschaft und der durch die Krisenstimmung zu Jahresbeginn gedrückten Investitionsneigung zurückgingen. Pessimistischere Varianten, mit einer mehr als 10%igen Beschränkung der Rohölimporte kommen zu Wachstumsraten unter 3%, das gefürchtete Null-Wachstum erscheint jedoch sehr unwahrscheinlich.

### Kräftige Ausweitung des privaten Konsums, Lagerbildung und Außenbeitrag drücken Wachstumsrate

Wirken schon am Beginn normaler Entspannungsphasen Nachfrage- und Angebotsfaktoren in nicht leicht zu trennender Weise zusammen, so gilt das 1974 infolge der Erdölknappheit in besonderem Maße. Nach der Septemberprognose hatten Nachfragefaktoren (Rückgang der Außennachfrage, wirtschaftspolitisch bedingte Dämpfung der Investitionsnachfrage und Lagerbildung) als Ursache der Wachstumsverlagerung dominiert. Infolge der Erdölknappheit wird das Angebot branchenweise beschränkt werden, so daß es zumindest zeitweilig trotz des Rückganges der Nachfrage partielle Angebotsengpässe geben dürfte. Außerdem werden die Angebotsverknappungen psychologische Reaktionen auslösen, und damit Höhe und Struktur der Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern beeinflussen.

Unter den Nachfragekomponenten wird — verglichen mit 1973 — der Beitrag der Lagerbildung zum Wachstum negativ werden [der Außenbeitrag<sup>2)</sup> war schon 1973 negativ], die Wachstumsimpulse aus der Investitionstätigkeit werden schwach bleiben. Expansiv wird vor allem der *private Konsum* wirken. Die relativ kräftige Lohnrunde im Herbst 1973<sup>3)</sup> wird die Löhne und Gehälter pro Kopf um rund 14% steigen lassen, die Selbständigeneinkommen werden über das Niveau 1973 nicht nennenswert hinausgehen. Nimmt man an, daß die Sparquote vor allem wegen der Ver-

### Entwicklung wichtiger volkswirtschaftlicher Globalgrößen („Normalvariante“)

	1969	1970	1971	1972	1973	1974
	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<b>Nachfrage</b>						
Privater Konsum .....	33	61	66	73	5	5½
Öffentlicher Konsum .....	25	33	26	60	4	4
Brutto-Investitionen .....	07	118	129	114	3	3
Lager. Mrd. S. Preise 1964 .....	63	87	36	-15	82	66
Inlandsnachfrage .....	34	80	59	67	7	4
Exporte i. w. S. ....	169	186	48	103	7½	1
Importe i. w. S. ....	77	187	59	112	12	4
<b>Produktion</b>						
Industrie .....	121	87	75	72	6	3
Gewerbe .....	66	83	63	65	5	2½
Baugewerbe .....	-33	109	120	104	7	4
Elektrizitäts-, Gas-, Wasserwirtschaft .....	46	152	-21	38	7	7
Verkehr .....	106	134	50	60	7½	3½
Handel .....	40	76	66	75	6	4
Öffentlicher Dienst .....	25	31	29	40	4	4
Sonstige Dienstleistungen .....	49	68	65	58	5	2½
<b>Brutto-Nationalprodukt</b>						
ohne Land- u. Forstwirtschaft .....	64	85	67	68	6	3½
Land- und Forstwirtschaft .....	04	35	-76	05	4	0
Brutto-Nationalprodukt .....	59	81	56	64	6	3

<sup>1)</sup> Die Erdölpreise werden nach dieser Version etwa doppelt so hoch sein wie 1973. Viel höhere Preissteigerungsraten, die manchmal genannt werden, mißverstehen den Preisbildungsprozeß für Öl. Bei den von den arabischen Staaten bzw. der OPEC festgesetzten Preisen handelt es sich bloß um Unterlagen für die Berechnung der Abgaben an die Förderländer (ungefähr 60%), bei den Freimarktpreisen (die in letzter Zeit besonders stark stiegen) um Preise, die vorerst nur für geringfügige (Überschuß-)Mengen gelten. Die OECD schätzt, daß die rund 70%ige Erhöhung der Rohöl(steuern)preise im Oktober 1973 nur zu einer rund 45%igen Erhöhung der OECD-Importpreise für Rohöl führen wird (OECD Economic Outlook, Dezember 1973, S. 17).

<sup>2)</sup> Güter und Leistungen.

<sup>3)</sup> Siehe dazu den Abschnitt „Preise und Löhne“, S. 548.

schiebung in der Einkommensverteilung wieder auf das Niveau des Jahres 1972 sinkt, und damit noch immer nennenswert über den Werten der sechziger Jahre liegt, ist unter der später angeführten Annahme einer 1½%igen Beschäftigtenzunahme mit einem Konsumzuwachs von nominell 13½%, real 5½% zu rechnen. Die realen Käufe von Personenkraftwagen werden wegen der Benzinverknappung weiter (um schätzungsweise 7%) abnehmen, die realen Käufe sonstiger Konsumgüter mit etwa 6% ebenso rasch wachsen wie 1973.

Die *Investitionstätigkeit* wird durch zusätzliche Abschreibungsbegünstigungen, die Senkung der Investitionssteuer und die noch immer gute Kapazitätsauslastung stimuliert, durch die schlechtere Gewinnlage, die sinkenden Auslandsaufträge, die psychologischen Rückwirkungen von Erdölknappheit und Krisenstimmung (insbesondere im Ausland) jedoch gehemmt werden. Schätzungen auf Grund der Investitionserhebung des Institutes lassen vermuten, daß die Industrie nominell um 7%, die Land- und Forstwirtschaft um je 10%, die Stadtwerke um rund 20% und die Energiewirtschaft um 25% mehr investieren werden; für verschiedene Verkehrsprojekte (Pipeline, private Straßen, Tunnel) wird um ein Fünftel weniger ausgegeben werden. Schätzungen auf Grund der Voranschläge der öffentlichen Körperschaften lassen Investitionssteigerungen von gut 15% erwarten. Bereinigt um den Preisauftrieb und die Senkung der Investitionssteuer ergibt das etwa 2% mehr Ausrüstungen und 4% mehr Bauten; unter den Ausrüstungen wird sich das Schwergewicht weiter von den Fahrzeugen zu den Maschinen verlagern.

Der relativ kräftige Rückgang der *Lagerbildung* um gut 1½ Mrd. S zu laufenden Preisen ergibt sich aus der Nachfrageentwicklung. Wachstumsverlangsamungen führen stets zu einer stärkeren Verringerung der Lagerbildung; 1974 wird die Abschwächung der Lagerinvestitionen durch Reibungsverluste in Produktionsablauf und Absatzgestaltung voraussichtlich sogar schwächer ausfallen als in ähnlichen Abschwächungsphasen früherer Konjunkturwellen. Wie weit die diskutierte staatliche Förderung der Bildung von Vorratslagern die Lagerinvestitionen stützen wird, läßt sich noch nicht abschätzen. Im Bereich von Erdöl und Erdölprodukten wird die Knappheit, bei verschiedenen Rohstoffen höhere Preise, rasche und starke Wirkungen erschweren.

Das langsamere Wachstum in fast allen Industriestaaten und die Erdölknappheit wird die nun schon zwei Jahre währende Phase äußerst rascher Expansion des *Welthandels* wahrscheinlich beenden. Für 1974 wird mit einem realen Wachstum der österreichischen Exportmärkte von 4½% bis 5% gerechnet. Die österreichische Konkurrenzlage dürfte nach wie

vor nicht ungünstig sein: Die Arbeitskosten in nationaler Währung blieben 1972 um 1 und 1973 um ¼ Prozentpunkt hinter dem OECD-Durchschnitt zurück (die de facto-Aufwertung des Schilling betrug 1972 ¾%, 1973 voraussichtlich 4%). Angesichts der Spätwirkungen der österreichischen Aufwertung und der — im internationalen Vergleich — noch immer überdurchschnittlich hohen Kapazitätsauslastung muß Österreich dennoch mit Marktanteilsverlusten rechnen. In dieselbe Richtung weist auch die weniger günstige Einschätzung des Bestandes an Auslandsaufträgen im Konjunkturtest des Institutes, so daß sich mehr als 3½% reales Wachstum der Warenexporte kaum erzielen lassen dürften. Die reale Nachfrage nach Warenimporten wird sich nur deshalb in etwa gleichem Tempo abschwächen wie die Warenexporte, weil die Erdölknappheit Lieferungen von Rohöl und Produkten mengenmäßig zurückgehen läßt, die nur teilweise durch zusätzliche Kohlenimporte kompensiert werden. Die sonstige Importnachfrage wird angesichts des etwas rascheren Wachstums in Österreich und des höheren Grades der Kapazitätsauslastung rascher wachsen als die Exporte. Die Importpreise werden wegen der Verteuerung von Erdöl und Erdölprodukten um etwa 3% rascher steigen als die Exportpreise.

Im *Fremdenverkehr* nach Österreich ist auf Grund einer Anfang Dezember durchgeführten Befragung mit einem Rückgang der Ausländernächtigungen um etwa 3%, auf Grund des Sonntagsfahrverbotes in der Bundesrepublik Deutschland mit einem Rückgang der Tagesbesuche um etwa ein Drittel zu rechnen. Unter der Annahme einer rund 2%igen Steigerung der realen Tagesausgaben ist bei etwa 8% Preissteigerung mit etwa gleich hohen Deviseneinnahmen zu rechnen wie 1973. Die Auslandsnächtigungen der Österreicher werden als Folge der Energiekrise sowie der mit ihr verbundenen Unsicherheit um 5% zurückgehen. Einschließlich der Preissteigerungen im Ausland und eventuell miterfaßter Schillingnoten-Transfers von Gastarbeitern werden die Devisenausgänge unter dem Titel Reiseverkehr um 6% steigen.

In der *Leistungsbilanz* wird infolge der Belastung durch zusätzliche Erdölkosten und die geringeren Netto-Eingänge aus dem Reiseverkehr ein Defizit von etwa 18 Mrd. S entstehen, etwa doppelt so viel wie 1973. Da die Konkurrenzfähigkeit im Außenhandel — wie erwähnt — nicht gefährdet ist und die Verluste im Fremdenverkehr bei günstigerer Schneelage und strafferer Kalkulation rasch wieder aufgeholt werden können, sollte diese Entwicklung nicht weiter Besorgnis erregen. Die Wirkungen auf die Zahlungsbilanz können derzeit noch nicht abgeschätzt werden, da sie von der Kapitalimportpolitik

der Notenbank abhängen. Die Nachfrage nach Auslandskapital durch Inländer und das Interesse von Ausländern an Kapitalexporten nach Österreich scheint nach wie vor gegeben zu sein, die Konjunkturlage spricht jedoch noch nicht für eine rasche Lockerung der gegenwärtigen Politik.

### Rascherer Preisaufrtrieb

Der gesamtwirtschaftliche *Produktivitätszuwachs* kann unter den Annahmen der hier besprochenen Variante auf etwa 3½% geschätzt werden, und wird damit deutlich niedriger liegen als 1973. Die Zahl der unselbständigen Arbeitskräfte wird wegen der starken Expansion 1973 trotz bloß bescheidener Zunahme der Gastarbeiter noch um 1½% steigen, die Zahl der Erwerbstätigen wegen der Umschichtungen zu Lasten der Selbständigen aber nur noch um ½%. Die Arbeitszeit wird durch den Abbau von Überstunden und vereinzelte Kurzarbeit um 1% abnehmen. Arbeitslosigkeit dürfte in nennenswertem Umfang nicht entstehen; die Zahl von 50.000 Personen dürfte im Jahresdurchschnitt kaum überschritten werden, was einer Arbeitslosenrate (einschließlich der beschränkt Vermittlungsgereinigten) von etwa 1¾% entspricht.

Eine Beschleunigung des Preisaufrtriebes war schon in der Septemberprognose auf Grund von Kostenüberwälzungen nach der Lohnrunde und der kräftigen Preissteigerungen für Rohstoffe erwartet wor-

den: Trotz des Wegfalles der Mehrwertsteuereffekte wurde die Inflationsrate im Durchschnitt 1974 ähnlich hoch geschätzt wie 1973<sup>1)</sup>. Seither hat sich gezeigt, daß mit stärkeren Erhöhungen der amtlichen Preise gerechnet werden muß, als im Herbst angenommen worden war, und daß Kostensteigerungen relativ rasch überwältigt werden. Vor allem aber verstärkt die Verteuerung von Erdöl und -produkten den Preisaufrtrieb direkt und indirekt (über Kostensteigerung der Produzenten). Andererseits wird die geringere Wachstumsrate im Laufe des Jahres Überwälzungen eher schwieriger machen. Unter diesen Annahmen muß mit einem Anstieg der Verbraucherpreise um 8½%, ohne Saisonprodukte etwas mehr, gerechnet werden, wobei die Vorjahrsabstände von Februar bis in den Sommer steigende Tendenz zeigen, und über dem Jahresdurchschnitt liegen werden. Der Deflator des Brutto-Nationalproduktes wird mit 8% bis 9% vermutlich sogar langsamer steigen als 1973, weil sich Investitionsgüter um die Investitionssteuersenkung verbilligen werden (Preissteigerungen von 13% werden nur mit 10% im Deflator eingehen) und mit einer merklichen Verschlechterung der Austauschverhältnisse im Außenhandel gerechnet werden muß.

<sup>1)</sup> Solche gegenläufigen Bewegungen von Wachstums- und Inflationsrate, die in Anlehnung an anders geartete amerikanische Vorbilder fälschlicherweise manchmal als Stagflation bezeichnet werden, sind für erste Abschwächungsjahre typisch und waren in Österreich in den Jahren 1956, 1961, 1965, 1967 und 1971 zu beobachten.